

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 1

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Könnte man nicht ...

-an- Könnte man nicht dafür sorgen, dass die Abstimmung über die Wirtschaftsartikel und über die Altersversicherung an einem und demselben Sonntag durchgeführt würde? Damit die Sozialdemokraten nicht die Bauernzeitungen und Bauernführer beschuldigen, sie möchten zwar ganz gern die ihnen wichtigen Wirtschaftsartikel durchbringen, wären aber nachher nicht bereit, auch die AHV über die Klippe heben zu helfen? Und damit nicht umgekehrt das Misstrauen die Bauern verleitet, anzunehmen, man wolle ihre Hilfe für die AHV, werde aber nachher die Wirtschaftsartikel auf die lange Bank schieben helfen? Könnte man es also nicht richten, dass die Räte in diesem Jahre beide Vorlagen zur Abstimmungsreife brächten? Auf dass beide aufs Mal «gerettet» würden? Es ist ja eigentlich beschämend, feststellen zu müssen, wie sehr man die Launen unseres als so sehr politisch reif gepriesenen Volkes fürchtet. Beschämend, zu sehen, wie zwei der entscheidenden Parteien, die beispielsweise im Kanton Bern den Kern der «Arbeitsgemeinschaft» bildeten und dem ganzen Lande das Beispiel gaben, wie man «demokratisch», «parteimässig» und dennoch diszipliniert politisieren könne, sich in der Rangfrage für die beiden Vorlagen auf Positionen hinausmanövrieren lassen, wie die genannten! Irgendwer muss hier eingreifen und dafür sorgen, dass die Räte mit beiden Vorlagen auf den gleichen Termin zu Rande kommen. Die von der PdA als «Allianz v. Steiger-Grimm» verhöhte Arbeitsgemeinschaft müsste hier

die Brücken zu schlagen versuchen. Wer ergreift die Initiative?

Könnte man nicht dafür sorgen, dass es mit sehr wichtigen Unternehmungen einmal vorwärts geht und dass die langwierigen «Projektmachereien», Instanzenzüge, Kommissionsberatungen und was alles den Atemzug unseres staatlichen und wirtschaftlichen Organismus so sehr verlangsamt und bedrückt, in wichtigen Fällen einmal abgekürzt werden? Winter für Winter seufzen und fluchen wir, wenn wieder die drohenden Befehle der Elektrizitätswerke eintreffen und uns ermahnen, was alles und zu welchen Tagesstunden wir abzustellen haben. Und die Winter vergehen, die Sommer vergehen, die Winter kommen abermals, und hin und wieder fragt einer: Was macht eigentlich das Stockenseeprojekt? Wie lange soll es dauern, bis es vorliegt? Oder liegt es vor, und wer verschleppt die Konzessionerteilung? Man weiss ja nichts, oder man sei just ein Eingeweihter. Man wird sich wohl auch daran gewöhnen, nach dem Greina-Blenio-Projekt zu fragen, wie ein Schläfer, den ein Traum geweckt. Könnte man hier nichts ändern?

Könnte man nicht — so fragen wir am Jahresende — in unserm gesamten «amtlichen Betrieb» viele gedruckte und gesprochene, vor allem aber maschinengeschriebene Worte sparen, vor allem dort, wo jeder-mann die Aussichtslosigkeit von Kontroversen einsieht, und ebenso dort, wo sich die Diskussion erübrigt, weil Eile nottut? Dies ist unser eidgenössischer Neujahrswunsch.

Die Welt an der Jahreswende

Die Neujahrsbotschaft des Papstes hat festgestellt, dass kein Friede bestehe, und dass die bisher getätigten Friedensschlüsse nur schwere Herzen von Millionen geschaffen hätten. Der Hinweis auf einen neuen Krieg fehlt nicht, und die Schuld an seinem möglichen Losbrechen wird dem bösen Geiste zugeschrieben, der zwischen den Völkern herrsche. Welchem von den verantwortlichen Staatsmännern er eigentlich für seine Bemühungen danke, sagt die Botschaft des Papstes nicht. Man kann zwischen den Zeilen allerhand lesen, und wer gut beobachtet, fühlt deutlich genug die Spitze gegen die am meisten vom Argwohn und Misstrauen beherrschten Russen.

Sachlicher und programmatischer waren die Proklamationen der angelsächsischen Befehlshaber in der anglo-amerikanischen vereinten Zone. Sie legten das Hauptgewicht auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Ein Kind kann sehen, dass hier der Hebel angesetzt werden muss, falls Deutschland aus seinem Elend emporwachsen soll. Natürlich sind Amerikaner und Russen nach wie vor über die zu befolgenden Methoden, die einseits Deutschland entnazifizieren, anderseits seiner Wirtschaft Heilung bringen sollen, nicht einig. Britische Konservative, welche Deutschland bereisen, sind mit dem offiziell-

len Amerika einig: Die Wirtschaft geht vor. Die Nazis kommen nachher. Wenn man sie alle von ihren Posten entfernt, versinkt der Karren noch tiefer im Schlamm. Die Amerikaner machen mit ihrer Umstellung praktisch ernst. Eine Million «kleiner Nazis» werden amnestiert. Das heisst, das Verfahren der Säuberungsgerichte gegen sie wird eingestellt. Darauf antworten die Russen, dass es ihnen gar nie eingefallen sei, diese «Kleinen» zu verfolgen. Unendlich viel wichtiger wären die Grossen, und eben die liesen USA und England vielfach ungeschoren.

Mit diesem Hinweis treffen die Russen und die unter ihrem Regiment stehenden deutschen Zeitungen und Parteien linker Färbung jenen «neuragischen sozialen Punkt», um den es geht. Die roten Generale haben Weisung, gründlich alle Elemente auszukämmen, welche Hitler zur Macht geholfen, ob sie nun das Parteiabzeichen getragen oder nicht. Ohne dass viel geredet worden wäre, haben sie einfach den gesamten Junkerstand enteignet, die Gross-Finanziers und Grossfabrikanten aus ihren Betrieben geworfen und den gesamten Besitz der Ausgeschafften in andere Hände übergeleitet. Natürlich bedeutete dies die Lahmlegung erfahrener Kräfte. Aber nach russischem Rezept werden die neuen Herren nach

einigen Erfahrungen aufholen, was sie am Anfang an Dummheiten begehen. Dies gilt für die Million neuer Bauern ebenso wie für die Genossenschaften in den Fabriken. Auf diesen Spuren wollen ihnen die Angelsachsen nicht folgen. Für sie ist es ein Ding der Unmöglichkeit, ohne gerichtliches Urteil Unternehmer von ihren Posten zu vertreiben. Die Labourregierung will die deutsche Gross-industrie sozialisieren, das heisst aber nach britischer Manier, die bisherigen Inhaber, falls sie nicht nachweisbare Hitlernachfolger und in irgendeiner Form Kriegsverbrecher sind, billig entschädigen. Die Reparationen, an die sie zu steuern haben, natürlich einkalkuliert. Die Ruhrkohle würde also deutsches Nationaleigentum, belastet mit einem schweren Servitut der Siegermächte. Die Frage ist nur, ob die Amerikaner — in der nunmehr «Vereinigten Zone», diese Sozialisierung mit-machen werden. Vermutlich wird hinter den Kulissen um die von den Engländern vorgeschlagenen Verstaatlichungen erbittert gemarktet.

Im laufenden Januar sollen die Stellvertreter der Aussenminister die in Moskau vorgesehene Deutschlandkonferenz der «Grossen Vier» vorbereiten und alle von den Kleinen vorzubringenden Klagen und Forderungen einholen, damit die ganze Summe dessen übersehen werden könne, was man von den Deutschen verlangen wird. Die Positionen werden also bezogen. Wie stark der Westen gegenüber Moskau sei, hängt davon ab, wie weit sich England und USA über die Methoden einigen können, die sie in Deutschland befolgen wollen. Beide aber wollen gleich den Russen Deckung der Kriegsentschädigungen. Ob nun «direkt aus der laufenden Produktion» oder als «Steuer, welche die deutschen Staaten zur Bezahlung der Reparationen erheben», im Effekt laufen der russische und der westliche Vorschlag auf eines heraus.

Die Franzosen nehmen die Saar faktisch weg und schaffen damit ein «fait accompli» für die Moskauer Zusammenkunft der Aussenminister. In der vergangenen Woche haben einige tausend Zollangestellte, die bisher offene Grenze zwischen dem Reiche und dem Saargebiet besetzt, unter schweigender Duldung der Engländer, die nur vorbehalten, was bei solchen Gelegenheiten immer vorbehalten wird: Die Entscheidung der Friedenskonferenz. Eine neue Währung wird eingeführt: Die Saarmark. Sie wird verschwinden und dem französischen Franc Platz machen. Als Milderungsgrund gibt Paris an, die fleissigen Bergarbeiter, welche die Produktion bereits auf 70 % der Vorkriegshöhe gesteigert hätten, müssten aus dem Kreislauf des deutschen Elends gelöst werden. Sie haben also künftig eine Erhöhung ihrer Rationen zu erwarten, und dazu eine propagandistische Bearbeitung wie nach dem ersten Weltkriege, die damals freilich übel ausschlug. Wer heute die Saar-Abstimmung und Hitler in einem Atemzuge nennt, der vergisst, warum die



Die Zwischenfälle häufen sich in Indochina. Unser Bild zeigt militärisch ausgebildete Jünglinge in den Strassen von Saigon



Der französische General Leclerc (links) kurz vor seiner Abreise nach Indochina, im Gespräch mit General Lecherre und Admiral Bargeot

Saarländer damals «heim ins Reich», «nix wie heim», wollten. Und warum sie nur sehr lahm und zahn für die profranzösische Lösung waren, die Terroraktionen der Nazis gegen die Linksparteien kühl hinnahmen und den «ersten Hitlersieg» herbeiführten.

Es wird wahrscheinlich nicht bei diesem ersten «fait accompli» bleiben. Jede Neuordnung innerstaatlicher Art, wie sie in nächster Zeit Amerikaner, Engländer und Russen durchführen, gehört ins selbe Kapitel. Man wird in Moskau so weit wie nur möglich mit «fertigen Tatsachen» aufrücken und verlangen, dass die Verbündeten akzeptieren sollen, was man in der eigenen Zone organisiert habe.

Das wichtigste aller «fait accomplis» bringen die Russen in Gestalt des *neupolnischen Westens hinter Oder und Neisse* mit. Die Ansichten über das, was sich hier geändert hat, gehen sehr weit auseinander. Nach den polnischen Darlegungen sind so viele Polen aus den heute russisch gewordenen Gebieten in das von den Deutschen grossenteils verlassene Land eingerückt, dass man bereits von einer sehr starken polnischen Mehrheit sprechen könne. Und zwar wären die Polen so zahlreich erschienen, dass sie bereits zwei Drittel der ehemals vorhandenen deutschen Bevölkerung ausmachten. Das heisst: Sechs Millionen. Wollten die Friedensmacher Polen das Land wieder abnehmen, müssten sie eine neue Völkerwanderung heraufbeschwören, und das sei völlig unmöglich.

In England und Amerika operiert man mit ganz andern Argumenten. Man vergleicht die wundervolle Höhe der ehemaligen deutschen landwirtschaftlichen Produktion mit der elenden polnischen von heute, wirft Warschau vor, dass es die besetzten Ländereien gar nicht richtig besiedeln könne und beweist, wie viel besser es wäre, einen Teil des umstrittenen Gebietes den Deutschen zu überlassen, die sehr rasch aufholen würden, was die Polen nicht zustandebringen. Wie man in Moskau über diese wohl wichtigste Streitfrage entscheiden wird, ist nicht vorauszusehen. Nur dies kann man mit aller Sicherheit erwarten: Den russischen Wider-

stand gegen jeden Versuch, das bisher Geschaffene wieder umzustossen. Für sie bildet ein Polen, welches an den neuen Provinzen festhält und sich damit für ewige Zeiten mit den Deutschen verfeindet — sofern nicht die Freizügigkeit der Völker einmal solche Feindschaft überflüssig machen wird — die sicherste Garantie für die Gefolgschaft Warschaus.

Der Standort der Westmächte bietet fast keine Erfolgsaussichten. Sie müssten, falls sie Polen gewinnen möchten, sehr radikal vorgehen und Warschau als Ersatz für Pommern und Schlesien russischen Boden versprechen — «altpolnischen» im Sinne der Untergrundbewegung. Arbeiten sie nicht auf den Krieg mit den Russen hin, dürfen sie so etwas nicht anbieten. Wollen sie aber Polen zugunsten Deutschlands schwächen, verschmerzen sie alle «West-Sympathien» im Weichsellande. Und um diese werben sie doch gerade jetzt, *vor den Wahlen zum polnischen Reichstag*, die am 19. Januar stattfinden sollen. Der Notenwechsel Warschau-London bezweckt das gleiche, was die seinerzeitigen Reklamationen in Bukarest und Sofia bezweckten: Eine Mässigung des Regierungsterrors gegen die Bauernpartei und andere westlicher Sympathien «verdächtige» Gruppen im Lande.

In der übrigen Welt

wiegt kein einziges Problem so schwer wie das in Moskau zu behandelnde deutsche. *Indien* hält mit Hilfe der Engländer seinen «Landfrieden» aufrecht. *Pandit Nehru, der Premier der Zwischenregierung*, gefällt sich in grossen Worten über den Willen des Landes, den Blick nicht nach London richten zu wollen. Aber zu einer gedeihlichen Verhandlung mit der Moslem-Liga ist es nicht gekommen. In Bengalen schwelt der unterirdische Brand einer mohammedanischen Bauernrevolution gegen die Hindu-Feudalherren. *Dschinnah, der Führer der Liga*, versichert den Arabern, sein *Pakistan* sei auch wichtig für die Freiheit und Machtstellung der Araberstaaten. England bleibt also bis auf weiteres im Lande und garantiert die Stundung des Bürgerkrieges. Viel eher wird

noch *Burma* seine eigene Verfassung und sein Dominion-Statut bekommen.

Glücklicher scheinen die *Niederländer* mit ihren indonesischen Untertanen ins Einvernehmen zu kommen. Die *Republik West-Indonesien* funktioniert schon, wenngleich unter holländischem Bajonettenschutz. Die *ost-indonesische* konstituiert sich, und ihre Regierung soll in *Bali* zusammengetreten sein. Die sozialen Verhältnisse bedingen eine Zusammenarbeit des weissen Elementes mit dem mischrassigen, die zusammen dem rein-malayischen an Einfluss überlegen sein dürften. Und am Ende machen die Holländer doch wieder ihre Geschäfte, wobei aber die Eingebornen doch mehr respektiert werden.

In *französischen Hinterindien* aber sind schwere Kämpfe ausgebrochen. «Die Regierung von *Vietnam*», welche als autonome Behörde für die Gebiete von *Annam* und *Tonkin* gelten und diese als «Republik innerhalb der französischen Union» vertreten will, hat zu einem Schlage gegen die französische Besatzungsarmee ausgeholt. Die Bewegung kann leicht auch auf *Laos, Kambodscha* und *Cochinchina* übergreifen. *Saigon* beispielsweise ist ein Vulkan. Die nicht bewaffneten Japaner dienen den Rebellen als Führer. Es ist eigentümlich genug, dass gerade die «*Pazifistenregierung Blum*» die Aktion gegen die «*Vietnamiten*» durchführen muss. Ob mit oder ohne den Willen des Premiers, jedenfalls versuchen die französischen Armeen, die von den Vietnamiten besetzten oder belagerten Städte, so *Hanoi*, in ihre Gewalt zu bringen und die europäischen Kolonien zu befreien.

In *China* ist die neue Verfassung, obwohl die beratende *Versammlung von den Kommunisten boykottiert* wurde, angenommen worden. In *Palästina* schweigen momentan die Waffen. Möglich, dass die Beschlüsse des *Basler Zionistenkongresses* die «Revisionisten» überzeugen, was in erster Linie nötig sei: Mässigung. Denn in *Aegypten* sitzt der berühmte *Grossmufti von Jerusalem*, als Gast Faruks, bereit, den arabischen Banden das Zeichen zur Entfesselung des Bürgerkrieges, eines der vielen in der Welt möglichen — zu geben!